

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonntag.

Inserate:
Für den Raum
einer
Kleinspalt. Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 R. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigeblasses.“

Bekanntmachung.

Erstatteter Anzeige zu Folge ist in der Zeit vom 11. bis 12. dieses Monats aus dem Gasthose in Schönheiderhammer eine Kiste mit 30 Pfund Schöps- und Mindstalg, 150 Stück Cigarren, 1 Paar Holzpantoffel, 1 Päckchen Schramm'schen Thee, 1 Quersack von blauer Leinwand und 2 leere blaue Pappschachteln gestohlen worden.

Man bringt dies mit dem Ersuchen zur öffentlichen Kenntniß, hierauf bezügliche Wahrnehmungen unverweilt anher anzuzeigen.

Königliches Gerichtsamtsbezirk Eibenstock,

am 24. April 1876.

Landrod.

R.

Ein ernstes Wort an die Freunde des Reichsvereins.

Wir erhalten von guter Hand Folgendes mit der Bitte um Veröffentlichung:

Die vom „Reichsverein für Sachsen“ auf den 30. April ins Schützenhaus nach Leipzig ausgeschriebene Landesversammlung ist eine ernste Mahnung an alle wahren Freunde der Reichsvereinsache, aus ihrer Gleichgültigkeit, soweit sie bis jetzt darin beharrt haben, herauszutreten und sich zu einer thatkräftigen Theilnahme an dem gemeinsamen Werke aufzuraffen. „Von dem Segner soll man lernen“ — so heißt es auch hier! Unsere und des Reichs schlimmsten Feinde, die Socialisten, sind längst durch das ganze Land hin fest organisiert; sie haben ihre Vorbereitungen schon für die im Januar 1877 stattfindenden Reichstagswahlen getroffen; sie haben gesammelt und sammeln fortwährend reichliche Geldmittel. Was ist bei uns geschehen? Wo bestehen schon fertige Organisationen, Local- und Centralwahlcomités. Hören wir doch, daß der Reichsvereinsvorstand die größte Noth hat, nur einzelne Agenten, Geschäftsführer oder Vertrauensmänner in den verschiedenen Kreisen zu finden, die sich der Mühe unterziehen, Mitglieder zu werben, Beiträge einzuziehen, Versammlungen abzuhalten, kurz, Leben in die Sache zu bringen und so die Anstrengungen des Vorstandes zu unterstützen! Hat doch der Vorstand selbst geklagt, wie spärlich — der Zahl der Beitragenden nach, wenn auch nicht nach der Größe der Beiträge derer, die solche wirklich geleistet haben — die Gelder zum Reichstagswahlfonds fließen, wie sehr hierin die Partei des Reichsvereins, die doch so viele wohlhabende Männer in ihren Reihen zählt, hinter der Partei der socialistischen Arbeiter zurücksteht! Ja hat er doch die Andeutung fallen lassen, er müsse die ganze Agitation einstellen, wenn dies Alles nicht besser werde. Hoffentlich wird es dahin nicht kommen; aber die höchste Zeit ist es, daß ein anderer Zug in die ganze Bewegung kommt. Dafür giebt es ein einfaches, aber sicheres Mittel. Jeder einzelne Gesinnungsgenosse im Lande, wo er auch lebe, in Stadt oder Land, welcher Stellung, welchen Berufs er sei, muß es sich zur unverbrüchlichen Pflicht machen, immerfort so zu handeln, als ob von seiner Thätigkeit alles abhinge. Es darf sich nicht einer auf den andern verlassen; es darf nicht zum z. B. bei der bevorstehenden Landesversammlung der Einzelne denken: „Es werden schon ohne dich genug dort sein!“ Wo mehrere Gesinnungsgenossen an einem Orte beisammen sind, da müssen diese noch vor der Landesversammlung sich rasch zusammenschließen, müssen aus ihrer Mitte einen oder einige dazu deputiren oder wenigstens, wenn dies durchaus nicht angeht, schriftlich durch einen aus ihrer Mitte sich als Vereinsmitglieder beim Vorstande anmelden, so und so viel Mitgliederkarten verlangen und ihre Beiträge gemeinschaftlich einbringen. Dann erst wird die Landesversammlung einen wirklichen Nutzen haben, sonst ist sie ein Schlag ins Wasser. Die Mahnung an die wohlhabenden unter unsern Parteigenossen, nach ihren Kräften zum Reichstagswahlfonds beizusteuern, die der Reichsvereinsvorstand bereits öffentlich ausgesprochen hat, will ich hier nicht wiederholen: wenn ihr eigener Parteieifer, wenn ihre eigene Einsicht von der Dringlichkeit eines energischen Kampfes gegen die geschworenen Feinde des Reichs und der bestehenden Gesellschaftsordnung ihnen nicht sagt, was ihre Pflicht, ja was ihr Interesse ihnen zu thun gebietet, so ist jedes weitere Wort verloren. Nun, wir wollen sehen, was die Landesversammlung vom 30. April bringen wird, und ob wir nach derselben, auf Grund der dort erstatteten Berichte, besser und tröstlicher von der Thätigkeit unserer Partei denken können, als leider bisher der Fall war.

Tagesgeschichte.

— Berlin, 25. April. Der Kaiser nahm die vom Präsidenten des Reichskanzleramtes, Delbrück, erbetene Entlassung an. Delbrück übergibt Anfang Juni die Geschäfte seinem bis dahin ernannten Nachfolger.

— Die „Nationalzeitung“, welche in einem Artikel ihrer heutigen Abendausgabe an die genehmigte Entlassung Delbrücks anknüpft und seiner staatsmännischen Thätigkeit die wärmsten Worte widmet, ist in der Lage, positiv versichern zu können, daß ausschließlich persönliche Verhältnisse demselben das Weiterführen seines Amtes unterlagen. Schon während der letzten Reichstagsession erklärte Delbrück sich körperlich und geistig für so angegriffen, daß er längeren Ausruhens bedürfe; diese inzwischen bestärkte Ueberzeugung rief seinen Entschluß zur Demission hervor, welchen zu erschüttern auch allen Anstrengungen des Reichskanzlers nicht gelang. Der „Nationalzeitung“ wird weiter positiv versichert, daß von einem Wechsel der sich an den Namen Delbrück anknüpfenden Politik nicht die Rede sei und der Name und die Vorgeschichte seines in Aussicht genommenen Nachfolgers vollständige Garantie bieten, daß das Verlassen des bisherigen Weges in keiner Weise beabsichtigt werde.

— Mitte nächsten Monats beginnt die Heranziehung der gesammelten Landwehr in 3 Quoten zu einer 12tägigen Einübung mit dem Mauseergewehr.

— Der „D. R. A.“ schreibt: Die Angabe der „Post“, daß die Einnahme an Telegraphengebühren sich für den März laut statistischer Aufnahme um 45,000 Mark höher gestellt habe als im gleichen Monat des Vorjahrs, ist richtig. Jene Statistik beruhte indeß nur auf einer zehntägigen Ermittlung, und es war das Monatsresultat durch Multiplication mit 3 gewonnen. Gegenwärtig liegt der genaue Kassenabschluß für den ganzen Monat vor. Nach demselben hat die Einnahme an Telegraphengebühren im März d. J. 962,486 M. betragen, während sie im März v. J. sich auf 891,066 Mark belief. Es giebt demnach ein Mehr von 71,420 Mark. Dies Resultat ist um so höher anzuschlagen, als die Telegrapheneinnahme während der letzten Jahre beständig im Fallen begriffen war und der diesjährige März wegen der Ueberschwemmungen und Stürme als ein für den telegraphischen Verkehr keineswegs günstiger Monat sich erwies. Durch die obigen Zahlen sind alle Angriffe widerlegt, welche Diejenigen gegen den neuen Telegraphentarif erhoben, die in demselben eine Schädigung der Reichseinnahmen erblickten. Von Anderen wurde gerade umgekehrt der neue Telegraphentarif deshalb angegriffen, weil derselbe ihnen zu hoch erschien. Hierauf ist nur zu bemerken, daß das Telegraphendefizit zuletzt 4 Millionen Mark jährlich betrug; und wenn man davon auch die Hälfte oder selbst drei Viertel auf die kostspielige frühere Verwaltungsorganisation rechnen will, so blieben immer noch 1 bis 2 Millionen Mark Zuschuß jährlich, die von der Gesamtheit der Steuerzahler aufgebracht werden mußten, zu Gunsten Derjenigen, deren Telegramme unter dem Selbstkostenpreise befördert wurden, d. i. der Telegramme von 20 Worten zu 5 Sgr. Von den Gegnern des neuen Tarifs, dessen Vorzüge Weiterblickende von vorn herein erkannten, werden nach den obigen Ergebnissen schließlich nur Diejenigen übrig bleiben, welche auf Kosten der Gesamtheit gern billig telegraphiren möchten, oder die den doktrinären Ansichten von künstlicher Vermehrung der Telegrammproduktion durch Staatsprämie huldigen. — Hierzu ist zu bemerken, daß das dem neuen Tarif zu Grunde liegende Prinzip als richtig anzuerkennen ist; ein abschließendes Urtheil über die jetzt eingeführte Reform wird sich jedoch außer dem finanziellen Ergebnis, daß allerdings die gehegten Erwar-